



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

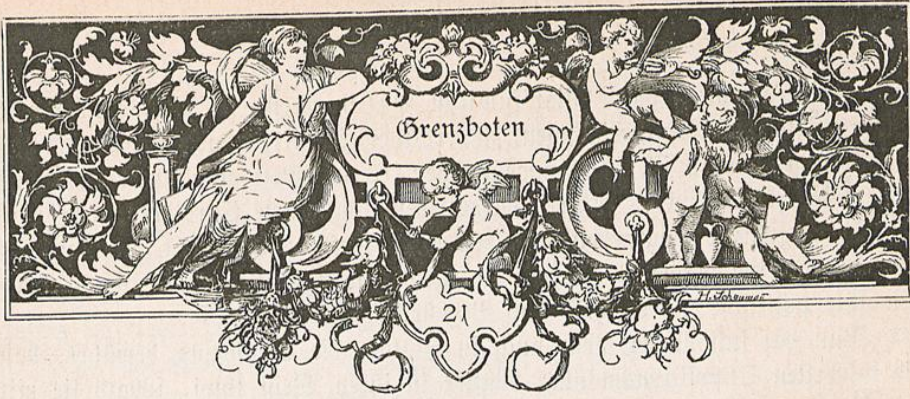
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Das gleiche Wahlrecht

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Das gleiche Wahlrecht



ie Thorheit der Franzosen, sich selbst immer aufs neue einzureden, daß ihnen 1871 schweres Unrecht zugesügt worden sei, vor dessen Sühnung sie sich nicht beruhigen dürften, wird von uns in allen politischen Erwägungen und Berechnungen berücksichtigt, und das mit Recht. Doch haben wir auch Ursache, uns die mindestens ebenso große Thorheit vieler Italiener vor Augen zu halten. Auch sie gebärden sich, als ob das Heil ihres Landes, dessen Zustände doch in mehreren Beziehungen recht besorglicher Art sind, von dem Gewinn einer Provinz abhinge, die ihnen schnöde „vorenthalten“ wird. Es wäre begreiflich, wenn sich dabei ihre Blicke nach Nordwesten richteten, nach dem Stammlande ihres Herrscherhauses und der Geburtsstadt ihres nationalen Helden. Aber dessen letzter Donquixotestreich, sein Auszug zur Errettung der französischen Republik von den nordischen Barbaren, scheint die Erinnerung an die grausame Komödie, durch die Frankreich sich für seine Hilfeleistung bezahlt machte, fast gänzlich ausgelöscht zu haben. Nicht Savoyen und Nizza fordern sie, sondern das Trentino und Triest. Um ihre Ansprüche auf Trient geschichtlich zu begründen, müßten sie auf die Zeit der langobardischen Herzoge zurückgreifen, denn im letzten Jahrtausend sind Stadt und Gebiet gerade drei Jahre lang italienisch von Frankreichs Gnaden gewesen, Triest haben sie nie besessen. Sonderlichen Gewinn würden sie von der Erwerbung auch nicht haben, das Stück Südtirol ist ein armes Gebirgsland, und an Häfen leidet Italien keinen Mangel. Wichtig ist nur, daß sich auf beiden Stellen die italienische Sprache merklich ausbreitet, die Bewohner des Gebietes von Trient zum größten Teil „welsch oder verwelscht“ sind, und daß die Levantiner, Juden u. s. w., die in Triest, einer echten Hafenstadt, das große Wort führen,

sich darin gefallen, die Italianissimi zu spielen, wenn sie nicht gerade vom Staate Österreich Begünstigungen zu erbitten haben, wogegen die Stammbevölkerung slawisch ist. Und angenommen, es wohnten dort lauter unzweifelhafte Welsche: wohin es führen würde, wenn die Karte Europas streng nach den Sprachgrenzen umgearbeitet werden sollte, das braucht nicht zum tausendstenmal auseinandergesetzt zu werden. Doch was sicht das die einmal regemachte politische Leidenschaft und Begehrlichkeit an?

Nun hat sich bisher zwar auch in Italien die Erfahrung bewährt, daß die tapfersten Oppositionsmänner Wasser in ihren Wein thun, sobald sie mit der Macht auch die Verantwortlichkeit übernommen haben. Aber niemand kann verbürgen, daß nicht einmal äußere oder innere Verhältnisse die gerade am Ruder stehenden ermutigen, ihren geheimen Wünschen zu folgen oder sie zwingen, gegen ihre bessere Einsicht der öffentlichen Stimme nachzugeben. Trotz der von Depretis und Crispi gegen die Irredenta aufgewandten Energie ist die Strömung unverkennbar im Wachsen, Leute von Namen unterstützen sie offen oder in zweideutiger Weise, und abgesehen von der Italie in Rom und dem Secolo in Mailand, die einfach als französische Organe gelten, giebt es eine leider sehr große Zahl von Blättern, die die eine oder die andre Schwäche des leicht erregbaren Volkes benutzen, um gegen die angebliche Unterordnung des Landes unter fremde Mächte zu hegen: das übertriebene Nationalgefühl, den Stolz auf die Abstammung von den römischen Welteroberern, die Einbildung von der Solidarität der lateinischen Völker, den Wahn, der materiellen Not durch Verschwörungen und Putsche abhelfen zu können u. s. w. Ist es nicht bezeichnend genug, daß Vereine bestehen können, die sich nach dem Meuchelmörder Oberdank nennen? Für Frankreich arbeiten dort zahllose Kräfte, manche vielleicht, ohne sich dessen bewußt zu sein, gegen Österreich glimmt immer noch der alte Haß, der Dreibund wird fort und fort als eine Erniedrigung der Nation, als ein Hindernis der Befriedigung ihrer gerechten Forderungen dargestellt. Und König Umberto ist — das Muster eines konstitutionellen Fürsten. Drängte ihm die Mehrheit des Parlaments ein Ministerium auf, das den Bruch des Bündnisses, Krieg gegen Österreich als Programm aufstellte, er würde es für seine Pflicht halten, auch das anzunehmen. Krieg? wird man fragen. Ja wohl, aber natürlich nicht allein. Das Italia farà da se ist vergessen. Einmal von Frankreich, dann von Preußen beschirmt, ist Italien ein Reich geworden, es würde sich auch von Frankreich und Rußland in die Mitte nehmen lassen, um sich weiter abzurunden. Wurden doch schon einmal zarte Beziehungen mit Rußland angeknüpft, 1858 durch die damals großes Aufsehen machende Einräumung einer Kohlenstation in der Bucht von Villafranca, das heute Villedfranche heißt. Folgen hat dieser allgemein als Drohung gegen Österreich verstandene Schritt Cavours allerdings nicht gehabt, allein er kann einen Präzedenzfall für irgend einen unter-

nehmenden Nachfolger des großen Staatsmannes abgeben. Und warum sollte ein Nachfolger nicht einmal Barzilai oder Imbriani heißen, da Frankreich ein Ministerium Goblet erlebt hat und die erste beste Abstimmung den wenig ehrwürdigen Greis Gladstone noch einmal an die Spitze der Geschäfte bringen kann, trotz aller Thorheiten, die er getrieben hat und noch treibt.

Das sind Phantasiegebilde, die aber einer realen Grundlage nicht entbehren, und die Moral davon ist: mit einem parlamentarisch regierten Staate lassen sich keine soliden Bündnisse abschließen.

Selbstverständlich werden diesen Zusammenhang alle die nicht zugeben, die an Parlamentarismus und allgemeines Stimmrecht so fest und einseitig glauben, wie andre an Sebastian Kneipp oder an das Wasser von Lourdes. Wenn irgendwo die Staatsmaschine nicht ganz glatt arbeitet, so liegt das einzig daran, daß entweder das Wundermittel überhaupt fehlt, oder daß die beiden Ingredienzien nicht richtig gemischt werden. Deutschland hat das allgemeine Wahlrecht, aber nicht den Parlamentarismus, Österreich und Belgien besitzen ihn, doch nur beschränkte Wahlen, daher sind die erleuchtetsten Liberalen darüber einig, daß ein parlamentarisches Ministerium in Berlin, allgemeine Wahlen in Wien und Brüssel sofort alle Schwierigkeiten und Verlegenheiten beseitigen würden, mögen sie nationaler, politischer, religiöser oder wirtschaftlicher und sozialer Natur sein. In wahrhaft rührender Unschuld bringen die Zeitungen immer wieder den Satz vor, das allgemeine Stimmrecht lasse alle Parteien zu Worte kommen, und in friedlicher Erörterung verloben alle Bestrebungen ihren etwa gefährlichen Charakter. Als ob z. B. durch den Eintritt von Sozialdemokraten in den deutschen Reichstag die soziale Frage in das Stadium ruhiger Erörterung gebracht, die Gegensätze gemildert worden wären; als ob nicht ungeachtet des überall thätigen Bemühens um die Verbesserung des Loses der Arbeiterbevölkerung von dieser selbst Pflastersteine, Revolver, Dolche und Dynamit als Argumente für ihre Wünsche bevorzugt würden. Oder verdient etwa die beliebte Ausrede, für die „bedauerlichen Ausschreitungen“ seien nicht die Arbeiter, nicht die Sozialdemokraten, sondern die Anarchisten verantwortlich zu machen, ernsthafte Berücksichtigung? Die verschiedenen Gruppen unterscheiden sich in der Hauptsache nur durch das größere oder geringere Maß von Vorsicht. Die einen wollen das Oberste zu unterst stürzen, aber „nur mit gesetzlichen Mitteln,“ die andern beginnen das Reformwerk frisch und frei mit Mordanschlägen auf Polizeibeamte und Gendarmen oder noch verrückter und zugleich feiger mit Petarden u. dgl. Wie weit die Verwirrung der sittlichen Begriffe gediehen ist, haben uns wieder die Vorgänge in der italienischen und in der französischen Kammer gelehrt, wo die Leute, die mit ihrem Leib und Leben für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz ihrer Mitbürger eintreten mußten, als Mörder gebrandmarkt wurden, weil sie sich ihrer Haut gewehrt haben, anstatt die Angriffe einer

rasenden Menge mit „freundlichem Zureden“ zu pariren. Die solche Reden führen und durch diese aufs neue anstacheln, sind offenbar die von Herrn Virchow erfundenen „guten Revolutionäre,“ die allerdings nur im bildlichen Sinne Minen graben, und zwar unter dem Schutze der Redefreiheit. Wohl haben sie die Ahnung, daß sie sich im äußersten Falle nicht zu sehr auf diesen Schutz verlassen dürften, darum wird, wo sie ernste Entschlossenheit sehen, der Ausstand, der zu bald zum Aufstand wird, „wegen ungünstiger Witterung“ abgefagt. Es ist wahrhaftig kein Wunder, wenn sich endlich die Welt voll Empörung und Ekel von diesem frevelhaften Spiele mit den Volksleidenschaften abwendet und, wiederum das Kind mit dem Bade verschüttend, nach dem aufgeklärten Despotismus lechzt.

Wir alle dürfen offen eingestehen, daß auch wir uns über den praktischen Wert des allgemeinen gleichen Stimmrechts getäuscht haben. Die im Jahre 1848 damit angestellte Probe zeugte, wenn man die Dinge vorurteilsfrei betrachtet, nicht gegen das Prinzip. Man durfte hoffen, daß die phantastischen Vorstellungen von den Aufgaben des Staates und den Mitteln zu ihrer Lösung, Vorstellungen, wie sie damals nicht ausschließlich in der großen Menge bestanden hatten, sich mittlerweile geklärt haben würden und praktischer Verstand den einstigen jugendlichen Schwung ersetzen werde. Die Einschränkung des Wahlrechtes galt durchweg als ein charakteristisches Zeichen der Reaktion, und Bismarck verließ nur der allgemeinen Überzeugung Ausdruck, als er eine Volksvertretung aus allgemeinen Wahlen als unumgängliche Bedingung für eine Reform der Bundesverfassung aufstellte. In wie geringem Grade sich die noch 1871 gehegten Erwartungen erfüllt haben, ist nur zu bekannt. Hatte man selbst in gebildeten Kreisen in den letzten zwei Jahrzehnten politisch wenig gelernt, so griffen in den untern Schichten chimärische Lehren, durch die Vaterlandsgefühl und Staatsbewußtsein untergraben werden mußten, mit reißender Schnelligkeit um sich. Heute steht es so, daß Millionen von Deutschen allem Bestehenden, aller menschlichen Ordnung offen den Krieg erklären, bereit sind, mit allen Feinden des Deutschtums gemeinsame Sache zu machen. Der Kampf, der 1848 und später um die politische Macht geführt wurde, ist nun um den Bestand der Gesellschaft entbrannt; die sich Unterdrückte nennen, wollen nicht die Aufhebung des Druckes, sondern planen eine viel gewaltthätigere Unterdrückung aller, die Volksvertretung ist nicht die Bürgschaft friedlicher Entwicklung mehr, sondern wird umgekehrt zum Mittelpunkte der revolutionären Agitation.

Über diese Lage der Dinge giebt sich schwerlich jemand einer Täuschung hin, die einen erkennen sie mit schwerer Sorge, die andern hoffnungsfroh. Was ist dabei zu thun? Eine abermalige Beschränkung des Wahlrechtes auf gewisse Bevölkerungsklassen, die sich durch Stellung, Bildung, Besitz oder sonstwie über die große Masse des Proletariats erheben, könnte niemand be-

fürworten, auch wenn darauf zu rechnen wäre, daß eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Versammlung dazu ihre Zustimmung geben würde. Und doch muß man sich sagen, daß, wenn wir auf dem bisherigen Wege bleiben, ein Reichstag mit sozialdemokratischer oder wenigstens revolutionärer Mehrheit nicht zu den Unmöglichkeiten gehört.

Die Sozialdemokraten selbst zeigen uns die Richtung, in der eine Reform durchführbar wäre, die keinen jetzt stimmberechtigten seines Rechtes berauben würde. Sie treten durchweg als Vertreter der Besitzlosen, also einer bestimmten Klasse der Bevölkerung auf und behandeln ebenso alle nicht zu ihrer Partei zählenden Abgeordneten als Klassenvertreter. Sie haben also, was anzuerkennen ist, mit der Fiktion des Liberalismus gebrochen, die jeden Abgeordneten als Mandatar des ganzen Volkes angesehen wissen will. Das ist ein entschiedener Fortschritt, wenn wir die logische Folgerung ziehen, nämlich überhaupt das Vorurteil überwinden, daß ein Abgeordneter nicht das Organ einer Bevölkerungsklasse sein dürfe. Diese Frage ist vor einem Jahrzehnt wiederholt in den Grenzboten berührt worden, z. B. 1881 III, S. 433 ff.: „Glossen eines Deutschen im Auslande“ und 1882 I, S. 57 ff.: „Allgemeine Wahlen.“ In dem letztern Aufsatz wurde dem sogenannten Listenstrutinium der Vorzug gegeben, das aber nur den Minderheiten einen gewissen Schutz gewährt. Der Erfolg dieses Systems ist oder soll sein, daß, wenn in einem Wahlbezirke die Mehrheit der Wähler zu der einen, aber eine starke Minderheit zu einer andern politischen oder nationalen Partei hält, diese Minderheit nicht unvertreten bleibt, sondern beide Parteien annähernd im Verhältnisse zu ihrer Stärke Abgeordnete entsenden können. Es setzt also immer die allgemeine Sonderung nach politischen Programmen, die strenge Parteiorganisation voraus mit all ihren Mängeln der Bevormundung durch Wahlkomitees, es überhebt uns nicht des Übelstandes, daß der Kandidat nicht nach seinen Kenntnissen auf gewissen Gebieten, nicht nach seinem Verständnis für die wirklichen Bedürfnisse des Lebens in Staat, Bezirk, Gemeinde, Berufsgruppe gefragt wird, sondern allein nach den von der Partei ausgegebenen Lösungsworten, und daß in der Regel der den Sieg davonträgt, der die Schlagworte mit größerer Gewandtheit, Schlagfertigkeit und womöglich mit Witz vorzubringen versteht. Es schützt aber keineswegs gegen das Übergewicht der Berufsparlamentarier, der Ministerkandidaten und Schönredner, der Leute, die verpflichtet sind, alles zu verstehen, und auch alles zu verstehen meinen, weil sie sich mit vielerlei Dingen theoretisch beschäftigt haben.

Die meisten parlamentarischen Versammlungen haben dafür gesorgt, daß der Überdruß an der Herrschaft der Doktrinäre immer weitere Wählerkreise ergreift, aber in dem Bestreben, sie abzuschütteln, kommen sie leider oft nur dazu, Doktrinären andrer Schattirung in die Hände zu fallen, die mit gleicher Hartnäckigkeit die alten Lehrmeinungen von dem Volk an sich, dem Wähler

an sich, dem Gewählten an sich festhalten. Die Leidenschaftlichkeit, mit der im Reichstage und im preussischen Landtage Bismarcks Plan mit einem Volkswirtschaftsrate bekämpft wurde, zeigte aufs deutlichste die Befangenheit in den alten Vorstellungen und die Furcht der gewerbsmäßigen Politiker vor Leuten, die vielleicht wenig von hoher Politik, desto mehr aber von bestimmten Partien des praktischen Lebens verstehen. Mit sich selbst in Widerspruch geratend behaupteten die Redner, in den Parlamenten säßen ja auch Fachmänner in genügender Zahl. Diese Behauptung würde aber eine genaue Untersuchung wohl kaum irgendwo bestätigen, und sollte sie in einem Falle zutreffen, so wäre das nur dem Zufall zu verdanken, da die Betreffenden doch nicht in ihrer Eigenschaft als Fachmänner, sondern als Anhänger einer politischen Partei gewählt worden wären. Und abgesehen hiervon ist es ja eine große Selbsttäuschung, wenn irgend jemand sich frei glaubt von allen Sonderinteressen, wäre es schließlich auch nur das Interesse, wiedergewählt zu werden. Wie viel kürzer würden die Sesssionen sein, wenn nur zur Sache, nur für die Versammlung gesprochen würde und nicht für die Partei, für die Wähler, für die Zeitung! Klarer und einfacher lägen die Verhältnisse auf jeden Fall, wenn die Abgeordneten die Vertreter ihrer Standes- und Berufsgenossen wären und sich auch nicht zu scheuen brauchten, sich als solche zu bekennen. Zwischen den Sonderinteressen zu unterscheiden, durch Abwägen die Maßregeln zu finden, die den meisten Nutzen, den wenigsten Nachteil mit sich bringen — das ist überhaupt nicht Sache der Parlamente, sondern der Regierungen.

Die verschiedenen Vorschläge, die zu diesem Zwecke schon gemacht worden sind, zu prüfen, ist hier nicht unsre Aufgabe. Auch dieses System würde Mängel aufweisen, das versteht sich von selbst. Aber der nützlichen Arbeit in den Vertretungskörpern würde es dienlich sein, und es würde die Gefahr einer neuen brutalen Klassenherrschaft ausschließen, die die allgemeine gleiche Kopfwahl uns bescheren kann.



## Zur Aussprache des Altgriechischen



ie die Zeitungen gemeldet haben, beabsichtigen die in Athen lebenden Deutschen, eine Petition an den Kaiser Wilhelm zu senden, in der um Einführung der neugriechischen Aussprache für das Altgriechische an den deutschen Gymnasien gebeten wird. Also noch ein neuer Gegenstand für die Verhandlungen über Schulreform! Glücklicherweise ist die angeregte Frage weder jetzt brennend, noch wird sie es in absehbarer Zeit werden. Die Petition kann, wenn sie